

MY CITY THROUGH TIME



DAS PROJEKT**My City Through Time**

Das Projekt “My City Through Time. Exploring our cities through historic and civic education (MCT)” (“Meine Stadt im Wandel der Zeit. Erkundung unserer Städte durch historische und staatsbürgerliche Bildung”) möchte zur Anerkennung und Verbesserung der Jugendarbeit und ihrer Praktiken beitragen und die Verbindung zwischen Jugendarbeit und staatsbürgerlicher und historischer Bildung stärken.

Das Projekt zielt darauf ab, den Partnern und anderen Organisationen, die mit Jugendlichen arbeiten, neue Fähigkeiten, Kompetenzen, Arbeitsmethoden und Materialien im Zusammenhang mit Jugendarbeit und historischen sowie staatsbürgerlichen Bildung zu vermitteln. Gleichzeitig zielt das Projekt aufgrund seines thematischen Schwerpunkts darauf ab, junge Menschen in eine Reflexion über das Verständnis von Vielfalt, die Bedeutung des interkulturellen Dialogs, der Integration und der Menschenrechte einzubeziehen.

Das Projekt entwickelt sich aus der Idee, dass die Städte, in denen wir leben, nicht neutral sind, sondern Träger von Werten und Erzählungen sind und diese durch Elemente des öffentlichen Raums wie Denkmäler, Namen von Straßen und



Plätzen und Architektur vermitteln. Durch die kritische Erkundung ihrer Städte mit Hilfe von Methoden der historischen und politischen Bildung werden die Projektpartner verschiedene für die heutige Jugend relevante Themen ansprechen, wie z. B. die Zunahme von Radikalisierung, Nationalismus und Populismus, Fragen der paritätischen Vertretung und die Verbreitung von Stereotypen und Vorurteilen unter jungen Menschen. Aus diesem Grund werden junge Menschen durch die Aktivitäten und Ergebnisse des Projekts besser in der Lage sein, sich kritisch mit komplexen Themen im Zusammenhang mit historischen und sozialen Veränderungen im 20. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Sie werden den Ursprung und die Ursachen heutiger Herausforderungen besser verstehen, einschließlich Themen wie Erinnerung, Identität, Vertretung, Integration und Demokratie.

BLOCKFREI ist eine unabhängige Kulturorganisation mit Sitz in Wien, die 2013 als Plattform für innovative kulturelle Praxis gegründet wurde. Sie hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Gruppen aus Österreich und Südosteuropa durch Interaktion zu fördern. Dadurch soll die Sichtbarkeit der kulturellen Vielfalt mit Augenmerk auf deren Vorteile im heutigen Österreich, wo ethnische Gruppen der genannten Region einen bedeutenden Teil der Gesellschaft ausmachen, erhöht werden. Diese Interaktion besteht in beiden Richtungen und die Projekte werden sowohl in Österreich als auch in anderen Ländern durchgeführt, wodurch sich die Möglichkeit bietet, Ideen und Erfahrungen in einem lebendigen multikulturellen Umfeld auszutauschen. BLOCKFREI hat in den letzten zehn Jahren mehr als 20 Projekte mit internationalem Charakter realisiert und ist eine der ersten Organisationen in Wien, die einen Intensivkurs für international aufstrebende Kurator*innen durchgeführt hat.

5 | **Wien**

**MY CITY
THROUGH
TIME**

DIE GESCHICHTE Wiens



WIEN ist seit etwa 400 v. Chr. ununterbrochen besiedelt. An der Stelle des heutigen Stadtzentrums wurden keltische und später römische Siedlungen errichtet. In römischer Zeit war der Ort unter dem Namen Vindobona bekannt. Nach dem Untergang des Römischen Reiches wurde das Gebiet von verschiedenen einwandernden Stämmen, wie etwa den Goten, Langobarden oder Slawen, bewohnt. Im Jahr 881 wurde der Ort erstmals unter dem Namen "Venia" erwähnt. Im 11. Jahrhundert entwickelte sich Wien zu einem wichtigen Handelszentrum und nachdem die Adelsfamilie Babenberg 1150 ihren Wohnsitz nach Wien verlegt hatte, erlangte es den Status einer Stadt. Ab dem späten 13. Jahrhundert übernahm die Dynastie der Habsburger die Herrschaft über Österreich und machte Wien zur Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches. Bis zum 16. Jahrhundert entwickelte sich die Stadt rasant und es kam zum Aufblühen von Wirtschaft, Handel und Kultur. Mit dem Aufstieg des Osmanischen Reiches und dessen Expansionsbestrebungen wurde die Stadt zum Ziel militärischer Eroberungen. Im Jahr 1529 erreichte die osmanische Armee bei ihrem ersten Versuch Wien zu erobern die Stadt. Doch diese wehrte sich dank ihres ausgeklügelten Befestigungssystems erfolgreich gegen die anhaltenden Angriffe. Bei der zweiten Belagerung im Jahr 1683 versuchten 200.000 osmanische Soldaten drei Monate lang vergeblich die Stadtmauern zu durchbrechen. Nach der Unterzeichnung des

Friedensvertrags im Jahr 1718 wurde Wien zu einem zentralen Punkt für den Handel zwischen westeuropäischen und östlichen Ländern.

Während der Regierungszeit von Maria Theresia (1717-1780) entwickelte sich Wien noch rasanter und war mit fast 200.000 Einwohner*innen innerhalb der Stadtgrenzen die viertgrößte Stadt Europas zu dieser Zeit. Obwohl Maria Theresia als sehr reformfreudig gefeiert wurde, sie führte etwa die Schulpflicht ein, war ihre Herrschaft dennoch autokratisch und darauf ausgerichtet, die Macht der Habsburger mit allen Mitteln zu sichern. Nach dem Sturz Napoleons, dessen Truppen Wien zweimal erobern konnten, wird die Stadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Biedermeier geprägt. Ursprünglich als Begriff für einen bestimmten Einrichtungsstil, begann das Biedermeier schließlich das bürgerliche Lebensgefühl zu bezeichnen. Obwohl dessen Merkmale in ganz Mitteleuropa nachweisbar sind, werden sie stark mit Wien in Verbindung gebracht, wo es als reaktionäre Bewegung gegen die damaligen polizeistaatlichen Behörden den Anfang machte. Aufgrund der herrschenden Zensur und der Tatsache, dass das Bürgertum nicht an der staatlichen und kommunalen Verwaltung teilnehmen konnte, wurde mehr Wert auf die Verfolgung persönlicher Interessen gelegt. Damit nahmen der bequeme Genuss und die Pflege des gesellschaftlichen Lebens in bürgerlichen und aristokratischen Salons, Kaffeehäusern oder auf

Landpartien ihren Lauf. In relativ kurzer Zeit wurde ein Großteil der Wiener Kultureinrichtungen errichtet, wobei das Bürgertum den Adel im Publikum ablöste. Darüber hinaus wurden in der Biedermeierzeit auch entscheidende technische und wirtschaftliche (infrastrukturelle) Maßnahmen gefördert. Das rasche Wachstum der Stadt hatte jedoch auch negative Folgen, denn die ärmeren Teile der Gesellschaft wurden noch ärmer. Die wachsende Unzufriedenheit der Massen führte zur Revolution von 1848, wonach die Regierung einige wichtige Zugeständnisse machte, wie etwa die Einführung einer kommunalen Selbstverwaltung. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts wird durch die Rückkehr zu absolutistischen politischen Strukturen unter der Herrschaft von Kaiser Franz Josef geprägt, der per Dekret den Abriss der Stadtmauern beschließt und den Bau der Ringstraße initiiert. Entlang dieser werden die wichtigsten Regierungsgebäude errichtet. Außerdem wurde die Wasserversorgung mit Quellwasser aus den nahe gelegenen Bergen eingeführt, der Lauf der Donau reguliert, um häufige Überschwemmungen zu vermeiden, Gas- und Elektrizitätswerke gebaut und 1859 die volle Gewerbefreiheit verkündet. All diese Änderungen führten zu einem Anstieg der Einwohnerzahl der Stadt, welche aufgrund der Qualität ihrer Infrastruktur viele Menschen anzog.

Infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Verbesserung der städtischen Infrastruktur wuchs die Be-

völkerung Wiens rasch an und zählte im Jahr 1910 rund zwei Millionen Einwohner*innen. Aufgrund des großen Zustroms lebten jedoch viele von ihnen in äußerst prekären Verhältnissen. Mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Jahr 1889 wurde die Arbeiterklasse allmählich zur einflussreichsten politischen Kraft in der Stadt.

Während des Ersten Weltkriegs wuchs die Bevölkerung der Stadt auch aufgrund des Zustroms von Kriegsflüchtlingen aus den Nachbarländern auf 2.239.000 Einwohner an. Obwohl Wien kein direkter Schauplatz von Kriegsaktivitäten war, litt es durch den Mangel an Lebensmitteln. Mit dem Verlust des Krieges und der Abdankung von Kaiser Karl hörte 1918 die Österreichisch-Ungarische Monarchie auf zu existieren und wurde Wien die Hauptstadt der Republik Österreich.

Die 1920er Jahre gelten als das bedeutendste Jahrzehnt in der Geschichte Wiens, in dem die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Stadtrat errang. Die Sozialdemokrat*innen setzten sich für eine fortschrittliche Politik in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, Bildung und Gesundheitsversorgung ein. Während ihrer Regierungszeit erhielt die Stadt den Spitznamen „Rotes Wien“; Rot war die offizielle Farbe der Partei. Zwischen 1919 und 1934 wurden in der ganzen Stadt rund 63.000 Gemeindewohnungen gebaut, die größtenteils durch

die 1923 eingeführten Wohnbausteuern finanziert wurden. Das „Rote Wien“ wurde international als Vorläufer des modernen Sozialstaats angesehen, dessen Augenmerk auf der Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und ihrer Familien lag. Obwohl die Bevölkerung diese Politik begrüßte, fanden die Sozialdemokrat*innen in der Christlichsozialen Partei Österreichs lautstarke Gegner*innen und ihre ideologischen Auseinandersetzungen verlagerten sich zunehmend auf die Straße. Nach den politischen Massendemonstrationen im Jahr 1933 löste der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das Parlament auf und errichtete ein autoritäres Regierungssystem. Auf seine Entscheidung folgte ein massiver Streik in Wien, bei dem sich die Arbeiter*innen in den Sozialwohnungen der Stadt verbarrikadierten. Nachdem Dollfuß sowohl Armee als auch Polizei zur Bekämpfung des Arbeiteraufstandes eingesetzt hatte, versanken Stadt und Land im Chaos, welches als Bürgerkrieg von 1934 bekannt wurde. Diese gesellschaftspolitische Situation wurde von der Naziartei genutzt, deren Einfluss in ganz Österreich zu wachsen begann. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Wirtschaftskrise stießen die politischen Ziele der Nazis auch in Wien auf fruchtbaren Boden.

Die deutsche Wehrmacht besetzte Österreich am 12. März 1938 und wenige Tage später verkündete Hitler vom Balkon der heutigen Nationalbibliothek am Heldenplatz vor begeist-

terten Mengen den „Anschluss“ Österreichs. Der in Wien seit Jahrhunderten verbreitete Antisemitismus hatte sich seit der Jahrhundertwende verstärkt und vermischte sich nun mit der nationalsozialistischen Politik, die sich letztlich als Vernichtung der jüdischen Bevölkerung entpuppte. Im November 1938 wurden in einer einzigen Nacht 18 Synagogen und 78 Gebetshäuser während der als „Novemberpogrome“ bekanntgewordenen Ausschreitungen zerstört. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Wien eine sehr große jüdische Minderheit, die etwa 160.000 Menschen zählte. Während der gesamten Geschichte der Stadt spielten Mitglieder dieser Gemeinschaft eine herausragende Rolle in der Gesellschaft, sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht. Fast zwei Drittel aller in der Stadt lebenden Jüd*innen emigrierten, um der nationalsozialistischen Rassenpolitik zu entkommen. Etwa 65.000 von ihnen wurden in Konzentrationslagern ermordet. Andere Gruppen und Gemeinschaften, die ebenfalls der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Wien und Österreich zum Opfer fielen, waren Roma und Sinti, politische Gegner*innen, Mitglieder von Gewerkschaften sowie ausländische Arbeiter*innen.

Während des Zweiten Weltkriegs und im Zuge der nationalsozialistischen Politik zur Schaffung von „Groß-Wiens“ erfuhr die Stadt eine enorme Ausweitung ihres Gebiets, wobei 97 Gemeinden außerhalb der Stadt eingemeindet wurden. Die

Zahl der Stadtbezirke stieg von 21 auf 26 und die Stadtfläche verdreifachte sich, was sie zur flächenmäßig größten Stadt des Reichs machte. Ab 1943 wurde die Stadt insgesamt 52-mal von den Alliierten bombardiert und ein Viertel der Gebäude teilweise oder vollständig zerstört. Die Stadt wurde im April 1945 von den sowjetischen Truppen nach mehrtägigen schweren Straßenkämpfen befreit.

Nach 1945 wurde Österreich aufgrund seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg von den alliierten Mächten besetzt und Wien wurde in fünf Zonen aufgeteilt, darunter eine internationale Zone, die die Innere Stadt umfasste. In den zehn Jahren der alliierten Besetzung und im Kontext des Kalten Krieges wurde Wien zu einem internationalen Zentrum der Spionage. 1955 unterzeichneten die vier Besatzungsmächte und die österreichische Regierung den Staatsvertrag, mit dem das Land seine Unabhängigkeit wiedererlangte und Wien wieder zur Hauptstadt eines souveränen Österreichs wurde. Auf den Staatsvertrag folgte bald darauf die Neutralitätserklärung, in der Österreich „aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität“ erklärte. Außerdem werde es keinem Militärbündnis beitreten und die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte auf seinem Hoheitsgebiet nicht zulassen - eine Entscheidung, die noch heute in Kraft ist.

Schon bald nach der Erlangung der Unabhängigkeit wurde die „Opfertheorie“ zum vorherrschenden Mythos der österreichischen Gesellschaft und durchdrang sie bis in die späten 1980er Jahre. Diese besagt, dass alle Österreicher, einschließlich derjenigen, die das NS-Regime nachdrücklich unterstützten, dessen unfreiwillige Opfer waren und daher nicht für seine Verbrechen verantwortlich waren. Obwohl die Regierung zunächst die Nachkriegs-Entnazifizierung durchführte, ging die Verfolgung ehemaliger Nazis bereits 1948 stark zurück. Stattdessen erhielten viele von ihnen ihren beruflichen Status aus der Vorkriegszeit zurück und mussten keine rechtlichen oder sozialen Konsequenzen fürchten. Die Macht der „Opfertheorie“ wurde 1986 weiter bestätigt, als Kurt Waldheim, ein ehemaliger Nazi-Offizier, Bundespräsident wurde. Obwohl sein Kriegseinsatz publik wurde und er von internationalen Organisationen scharf verurteilt wurde, blieb er für die gesamte Amtszeit im Amt. Seine Amtszeit löste eine öffentliche Diskussion über die Rolle Österreichs während des Zweiten Weltkriegs aus und der Mythos der „Opfertheorie“ wurde von vielen Politiker*innen, Intellektuellen, Aktivist*innen und Künstler*innen dieser Zeit aufgegriffen.

Die Wiener Bevölkerungszahl erreichte Anfang 1900 ihren Höchststand, ging jedoch zwischen 1934 und 1951 im Vergleich zu früheren Zahlen um etwa 15 Prozent zurück. In den späten 1960er Jahren und mit der Unterzeichnung der

Arbeitsabkommen mit der Türkei und Jugoslawien begann jedoch ein langsamer, aber stetiger Anstieg der Bevölkerungszahl in der Stadt. Mit dem Ende der kommunistischen Regime Osteuropas in den späten 1980er Jahren und insbesondere mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre, nahm die Bevölkerung der Stadt stark zu. Anfang 2022 leben fast zwei Millionen Menschen in Wien, wovon 822.400 ausländischer Herkunft sind. Die Hauptherkunftsländer der Wienerinnen und Wiener mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder die im Ausland geboren sind, haben sich in den letzten Jahren kaum verändert, wobei die Mehrheit aus Serbien, der Türkei, Deutschland und Polen kommt.

Aufgrund der geografischen Lage und historischen Bedeutung in den Bereichen der Politik und internationalen Beziehungen, bleibt Wien ein Treffpunkt zwischen „Ost“ und „West“. Aufgrund seiner neutralen politischen Position ist Wien außerdem Sitz vieler Weltorganisationen, wie der OPEC, der OSZE und verschiedener UN-Organisationen. Die Stadt gilt als eines der lebendigsten Kulturzentren Europas und bietet zahlreiche international renommierten Institutionen, Museen und Konzertsäle.

STADTRALLYE



DIE MARGINALISIERUNG DER OPFERROLLE:

Die unsichtbare Geschichte der Rom*nja in Wien



DIE GESCHICHTE DER ARBEITSMIGRATION:

Gastarbeiter*innen



VERGÄNGLICHE DENKMÄLER:

Konfrontation mit der Geschichte durch performative künstlerische Interventionen



DIE MARGINALISIERUNG DER OPFERROLLE:

Die unsichtbare Geschichte der Rom*nja in Wien

STICHWORTE: Rom*nja, Sinti*zze, Lovara, Diskriminierung, Segregation, Zweiter Weltkrieg, Wien

DAUER: ca. 90 Minuten

ERREICHBARKEIT: Mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar



STATION 1

Die Gedenktafel am Ringelseeplatz

(Franklinstrasse 24, 1210 Wien)



STATION 2

Der Lovaraweg / Romaplatz

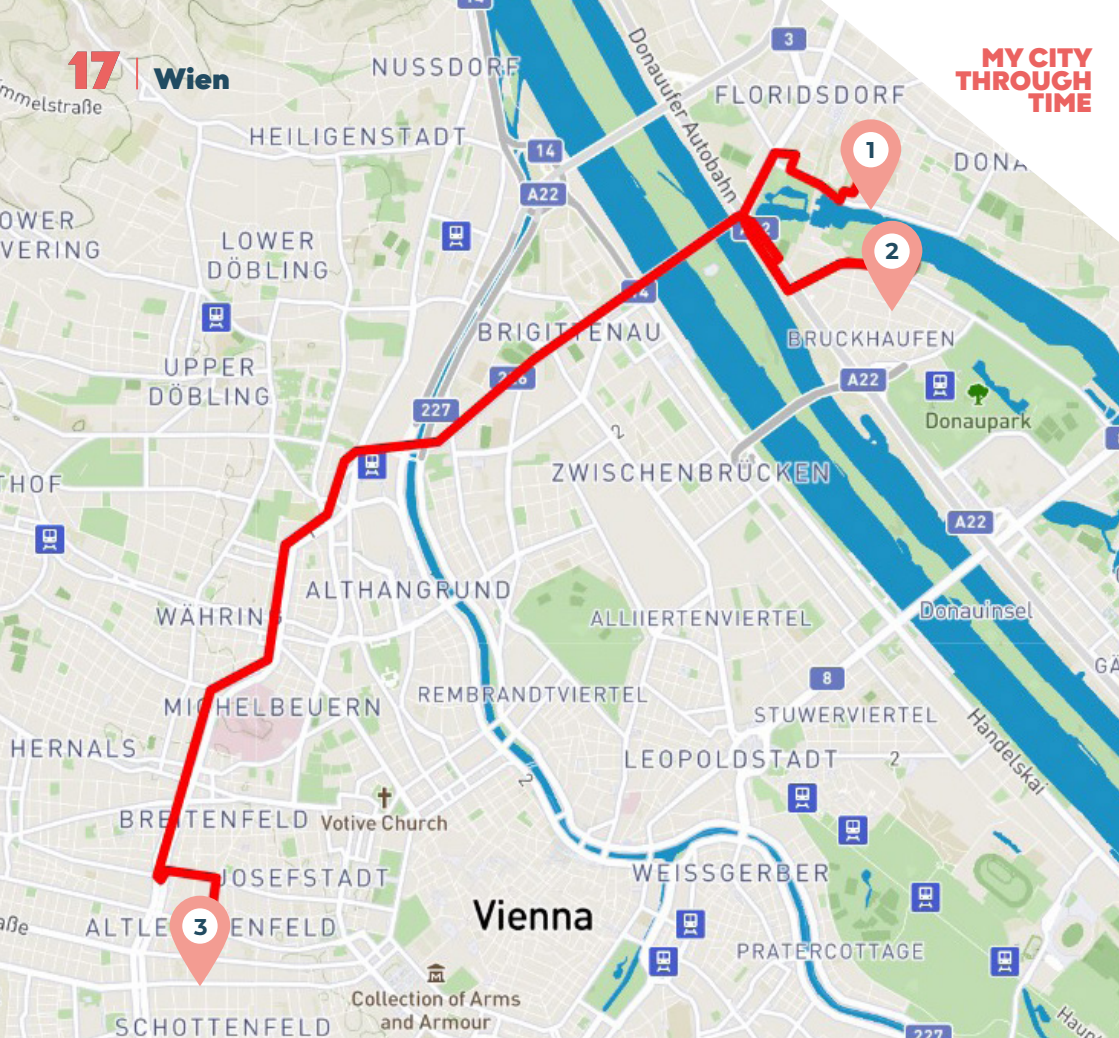
(1210 Wien)



STATION 3

Der Ceija-Stojka-Platz

(1080 Wien)



**DIE MARGINALISIERUNG DER
OPFERROLLE:**

**Die unsichtbare Geschichte
der Rom*nja in Wien**



90'



6
km



STATION 1
Die Gedenktafel
am Ringelseeplatz



STATION 2
Der Loveraweg /
Romaplatz



STATION 3
Der Ceija-Stojka-Platz

Beschreibung

Mit zehn bis zwölf Millionen Menschen stellt die Roma¹-Bevölkerung die größte transnationale Minderheit in Europa dar. Sie ist über den gesamten europäischen Kontinent verteilt, konzentriert sich jedoch stark in Mittel- und Osteuropa. Insbesondere in Rumänien (etwa zwei Millionen Menschen), Bulgarien (etwa 700.000 Menschen), Ungarn (etwa 500.000 Menschen), der Slowakei (etwa 450.000 Menschen) und der Tschechischen Republik (etwa 300.000 Menschen), sowie auf der Iberischen Halbinsel (etwa 700.000 Roma in Spanien und weitere 55.000 in Portugal). Die Roma setzen sich aus vielen Untergruppen zusammen, die jeweils ihre eigenen historischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Merkmale aufweisen.

Auf dem Gebiet des heutigen Österreichs leben seit Jahrhunderten verschiedene Untergruppen von Roma-Gemeinschaften. Die ersten Ungrika-Roma-Siedlungen etwa wurden im Burgenland bereits im 14. Jahrhundert gegründet. Andere Roma-Untergruppen, wie die Sinti, Lovara oder Vlach-Roma, erreichten Österreich im frühen 19. Jahrhundert. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wanderten die Roma aus verschiedenen Gründen nach Österreich ein: Als Flüchtlinge aus Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968) oder als Gastarbeiter*innen ab Mitte der 1960er Jahre.

1 In diesem Dokument wird der Begriff „Roma und Sinti“ oder „Sinti und Roma“ verwendet, da die Roma-Gemeinschaften diese Selbstbezeichnung verwenden, wenn sie sich selbst als Volksgruppe beschreiben. Der Begriff wurde eingeführt, um der missbräuchlichen Verwendung des Begriffs „Zigeuner“ entgegenzuwirken.

Obwohl sie eine der ältesten Volksgruppen in Europa sind, wurden die Rom*nja im Laufe der Geschichte stigmatisiert und verfolgt und dadurch in äußerst prekäre soziale und wirtschaftliche Lebensverhältnisse gedrängt. Im Falle Österreichs wurden diese Prozesse der Stigmatisierung der Roma-Bevölkerung von vielen verschiedenen staatlichen Systemen durchgeführt. So waren die Rom*nja während der Herrschaft von Maria Theresia und Joseph II. äußerst problematischen Methoden der „Assimilation“ und „Reform“ ausgesetzt, wie etwa der physischen Bestrafung derjenigen, die die Romanes-Sprache verwendeten sowie der gewaltsamen Wegnahme der Roma-Kinder und deren Übergabe an Nicht-Roma-Familien zum Zweck der Erziehung.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden im gesamten deutschsprachigen Raum „Zigeunerzentralen“ eingerichtet, die eine imaginäre „Zigeunerplage“ bekämpfen sollten, indem sie eine zentrale Personendatenbank für alle „Zigeuner*innen“ und „nach Zigeunerart umherziehenden Personen“ aufbauten. Dieses System ebnete den Weg für die radikalste Phase der Rassendiskriminierung ab 1933 und für die Einführung mehrerer diskriminierender Gesetze auf dem Gebiet des Deutschen Reichs. Zwischen 1933 und 1945 hatten die Gemeinschaften der Roma und Sinti als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Völkermordpolitik schwer zu leiden. Auf lang gehegten Vorurteilen aufbauend, betrachtete das NS-Regime die Rom*nja sowohl als „Asoziale“ (außerhalb der „normalen“ Gesellschaft Lebende) als auch als „rassisch

Minderwertige“, die die biologische Reinheit und Stärke der „überlegenen arischen“ Rasse bedrohten. Während des Zweiten Weltkriegs töteten die Nazis und ihre Kollaborateur*innen fast eine halbe Million Roma-Männer, -Frauen und -Kinder im gesamten von Deutschland besetzten Europa. Neuere Studien beziffern die Gesamtzahl der im Zweiten Weltkrieg getöteten österreichischen Rom*nja auf 8.000 bis 9.400.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte die österreichische Innenpolitik nur zögerlich die wahren Verfolger*innen der Rom*nja und deren Rolle als Opfer des NS-Regimes, wodurch der Volksgruppe jegliches Recht auf Entschädigungszahlungen vorenthalten wurde. Erst 1984 wurde den österreichischen Rom*nja die rechtliche Gleichbehandlung mit anderen Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs zugestanden. 1993 wurden autochthone Roma-Volksgruppen, wie die Burgenland-Roma, die Lovara und die Kalderasch, durch das lautstarke Betreiben lokaler Roma-Vereine und -Initiativen offiziell als eine der sechs Volksgruppen in Österreich anerkannt. Dies brachte was spürbare Vorteile für die Gemeinschaften mit sich.

Heutzutage leben in Österreich schätzungsweise zwischen 25.000 und 50.000 Rom*nja, wovon etwa 10.000 zu den autochthonen Gruppen gehören. Die genaue Zahl ist äußerst schwierig zu bestimmen, da die Zurückhaltung sich als Mitglied dieser Volksgruppe zu „outen“ aufgrund bestehender Vorurteile und Stigmatisierungen hoch ist.

Obwohl die Rom*nja und Sinti*zze ein historisch konstitutiver Teil des Wiener gesellschaftspolitischen Systems sind, fehlt es der lokalen Roma- und Sinti-Bevölkerung in den öffentlichen Gedenkstrukturen der Stadt weiterhin an Relevanz.



STATION 1

Die Gedenktafel am Ringelseeplatz (Franklinstrasse 24, 1210 Wien)



Quelle: Wiki Commons

Die Rom*nja, welche im Laufe des 19. Jahrhunderts nach Wien kamen, brachten ein breites Spektrum an Fertigkeiten und handwerklichen Fähigkeiten mit, die sie zur Sicherung der sozioökonomischen Verhältnisse und des materiellen Über-

lebens einsetzten. Als wandernde Schmied*innen, Scherenschleifer*innen, Kesselflicker*innen, Schweineschlächter*innen, Pferdehändler*innen, Musiker*innen, et cetera, erfüllten sie notwendige Funktionen im städtischen System und wurden daher von den offiziellen Strukturen geduldet. In vielen Fällen gelang es ihnen, eine symbiotische Beziehung mit den autochthonen Gemeinschaften aufzubauen.

In den 1920er Jahren siedelten sich Sinti- und vor allem die aus Ungarn stammenden Lovara-Gemeinschaften im Bezirk Floridsdorf an. Hier, am Rande der Großstadt, betrieben sie hauptsächlich Pferdehandel und besaßen zum Teil große Bauernhöfe. Am Ringelseeplatz befanden sich provisorische Lagerplätze und ein wichtiger Treffpunkt, an dem sich durch Österreich reisende Rom*nja, Lovara und Sinti*zze trafen und vernetzen.

Die Gedenktafel zur Erinnerung an die Lovara-, Roma- und Sinti-Gemeinden in Floridsdorf wurde am 15. Juni 2018 von der Bezirksvertretung gemeinsam mit dem Wiener Kulturressort angebracht.

2

STATION 2

Lovaraweg / Romaplatz

(1210 Wien)



Quelle: Benjamin Storck

Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in der Stadt mehrere Orte, an denen die Roma-Gemeinschaften lebten und Handel trieben. Ab Herbst 1939 und der Umsetzung der NS-Politik waren die Städte und Gemeinden in Österreich verpflichtet, Sammellager für die Rom*nja und Sinti*zze einzurichten, von denen aus sie in Konzentrationslager deportiert wurden. In Wien wurden diese Lager auf der Hellerwiese im 10. Bezirk, bei der Wankogstätt'n im 11. Bezirk und am Bruckhaufen im 21. Bezirk eingerichtet. Der Bruckhaufen war während des Zweiten Weltkriegs das größte Sammellager für die Roma-Bevölkerung in Wien. An diese historische Tatsache erinnerte die Gemeinde Wien im Jahr 2001, indem sie mehrere Orte nach verschiedenen Roma-Gruppen benannte.



STATION 3

Ceija-Stojka-Platz

(1080 Wien)



Quelle: Matthias Reichelt_VG Bild-Kunst



Quelle: Wiki Commons

Dieser Platz trägt den Namen von Ceija Stojka (1933 - 2013), eine der bekanntesten Wiener Roma-Schriftsteller*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen. Fast ihre gesamte Großfamilie kam in verschiedenen Konzentrationslagern in ganz Europa ums Leben. Nur sechs der etwa 200 Familienmitglieder überlebten die Deportation während des Zweiten Weltkriegs. Sie selbst wurde 1943 zunächst nach Auschwitz-Birkenau deportiert, von dort aus nach Ravensbrück und schließlich nach Bergen-Belsen. Sie schrieb zahlreiche Bücher, die ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkriegs schildern, und gilt als eine der wichtigsten europäischen Stimmen, welche die grausame Folterung der Roma im Nationalsozialismus schildert.

In ihren Schriften und Kunstwerken erzählt Ceija Stojka nicht nur von ihrem Leben und der Lovara-Kultur, sondern widersetzt sich auch vehement den Stereotypen und der Exotisierung von „Zigeuner*innen“ als sorglose und glückliche Nomaden am Rande der Gesellschaft. Indem sie reale Geschichten aus ihrer eigenen Gemeinschaft vorstellt und erzählt, zeigt sie, wie diese Vorstellungen über Rom*nja auf deren systematische Verfolgung und Ausrottung im Laufe der Geschichte zurückzuführen sind. Im Jahr 2014 beschloss der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft des Wiener Stadtrats, diesen Platz nach ihr zu benennen und damit an ihre Arbeit und ihr Engagement zu erinnern.

Fragen:

-
- Können Sie diese Orte und die Gedenktafel finden? An wen erinnert sie? Gibt es sichtbare Anzeichen für Schäden an den Gedenktafeln?
-
- Die größten Roma-, Sinti- und Lovara-Siedlungen befanden sich in den Außenbezirken der Stadt. Können Sie sich den Grund dafür vorstellen?
-
- Welche Straßennamen finden Sie an diesem Ort, die an die Roma-Bevölkerung erinnern?
-
- Wissen Sie, was Antigypsyism/Antiziganismus bedeutet?
-
- Kennen Sie rassistische Ausdrücke, die in Ihnen bekannten Sprachen noch immer verwendet werden und die Rom*nja und Sinti*zze negativ konnotieren?
-
- Sind Sie mit Vorurteilen aufgrund Ihres ethnischen/kulturellen/religiösen Hintergrundes konfrontiert?

Glossar:

- **ANTIGYPSYISM/ANTIZIGANISMUS:** Rassismus gegen Roma. Andere Begriffe wie Romaphobie, Anti-Romaismus, Anti-Romismus, Anti-Roma-Rassismus werden ebenfalls verwendet.
- **ARISCHE RASSE:** In Deutschland förderten die Nazis die falsche und unwahre Idee, welche das deutsche Volk als Angehörige der „arischen Rasse“ verherrlichte, während sie Menschen anderer Ethnien verleumdete.
- **ASSIMILATION:** Beschreibt den Prozess, wodurch Einzelpersonen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft die grundlegenden Gewohnheiten, Einstellungen und Lebensweisen einer umgebenden Kultur erwerben.
- **AUTOCHTONE VOLKSGRUPPE:** Eine autochthone Volksgruppe (aus dem Griechischen für „aus dem Land selbst“, „alt“ oder „ursprünglich“) ist eine ethnische nationale Minderheit, die in Europa gesetzlich geschützt ist. Umgangssprachlich wird „Volksgruppe“ oft synonym mit dem Begriff „ethnische Minderheit“ verwendet.
- **EXOTISIERUNG:** Eine Form des „Othering“, d. h. der bewussten Abgrenzung einer sozialen Gruppe von einer anderen. Andere, „fremde“ Kulturen werden so nur durch voreingenommene, stereotypisierende Sichtweisen wahrgenommen. Dies geschieht in der Regel durch die Verwendung oberflächlich positiver Attribute, wie etwa

besondere Naturverbundenheit, freizügige Sexualität, Körperliche Gesundheit oder Emotionalität, die die betreffenden Menschen als grundsätzlich anders und implizit als „unzivilisiert“ darstellen.

- **„ZIGEUNERPLAGE“:** Der Begriff stammt aus dem Erlass zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“, den der Befehlshaber der SS und der Polizei, Heinrich Himmler, am 8. Dezember 1938 erließ und der die Lösung der „Zigeunerfrage“ im Deutschen Reich auf rassistischer Grundlage regelte.
- **MARIA THERESA (1717- 1780) UND JOSEPH II (1741 - 1790):** Herrscher der habsburgischen Länder, Verfechter des aufgeklärten Absolutismus.
- **STIGMATISIERUNG:** Die Zuschreibung, oder Diskreditierung einer Identität, wodurch es zu Ausgrenzung, Marginalisierung, Diskriminierung und Missbrauch kommt.

Autorin:

Jana Dolečki

Bibliographie:

<http://www.romane-thana.at/>

antiziganismus-in-oesterreich-2015-2017_web.pdf
(sintiundroma.de)

The Roma in Austria - A Historical Perspective (econstor.eu)

DIE GESCHICHTE DER ARBEITSMIGRATION: Gastarbeiter*innen


STICHWORTE:


Gastarbeiter, Gastarbeiter*innen, Arbeitsmigration, ausländische Arbeitnehmer, Diskriminierung, Segregation, sozialer Wohnbau, Immigrant*innen, Wien


DAUER: etwa 60 Minuten


ERREICHBARKEIT: zu Fuß erreichbar

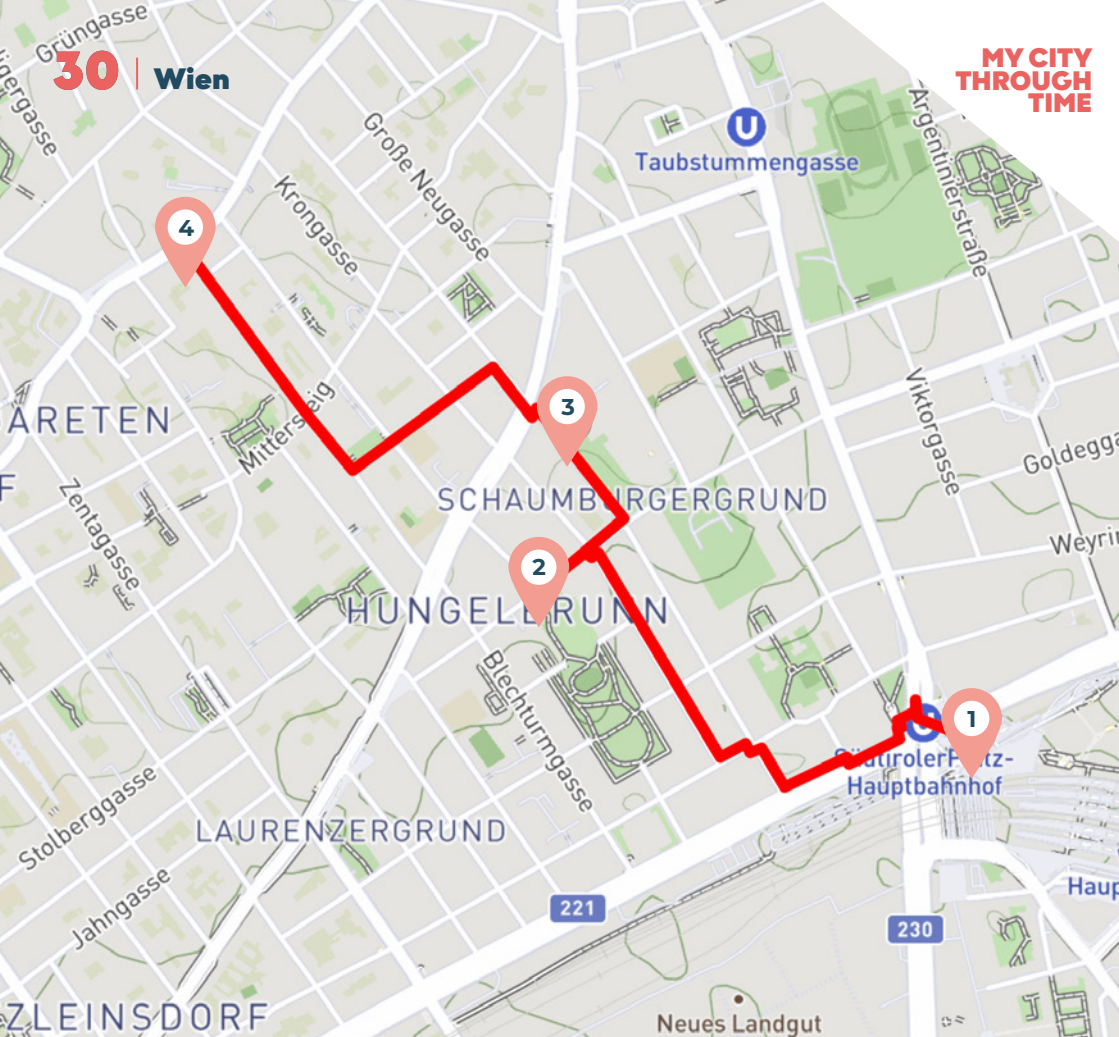


**STATION 1**
**Hauptbahnhof,
Südtirolerplatz**
(1100 Wien)

**STATION 4**
**Filmcasino,
Margareten-
straße 78**
(1050 Wien)

**STATION 2**
Trappelgasse 1
(1040 Wien)

**STATION 3**
**Wirtschaftskammer,
Wiedner Hauptstraße 63**
(1040 Wien)



**DIE GESCHICHTE DER ARBEITSMIGRATION:
Gastarbeiter*innen**



60'



2
km



STATION 1
Hauptbahnhof,
Südtirolerplatz



STATION 2
Trappelgasse 1



STATION 3
Wirtschaftskammer,
Wiedner Hauptstraße 6



STATION 4
Filmcasino,
Margaretenstraße 78

Beschreibung:

In den frühen 1960er Jahren führte der Bauboom in Österreich zu einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften im Baugewerbe und anderen damit verbundenen Dienstleistungen. Da es an einheimischen Ressourcen mangelte, begannen die österreichischen Behörden, eine Wirtschaftsstrategie mit Ziel zu entwickeln, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Das Raab-Olah-Abkommen war der erste Schritt in diese Richtung und wurde 1961 von den Präsidenten der Wirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbundes unterzeichnet. Darin beschloss die Vertreter von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen die Einführung eines Quotensystems nach Schweizer Vorbild der Saisonarbeiterbeschäftigung, das in verschiedenen Abkommen mit anderen Ländern festgelegt werden sollte. Das erste Land, das ein bilaterales Abkommen unterzeichnete, welches die Zahl der nach Österreich kommenden Arbeitnehmer*innen regelte, war Spanien im Jahr 1962. Mit diesem Vertrag konnten jedoch nicht genügend Arbeitskräfte gewonnen werden, da die spanischen Arbeitnehmer*innen aufgrund der höheren Löhne den deutschen und schweizerischen Markt bevorzugten. Die österreichische Regierung beschloss daraufhin, ihren Schwerpunkt nach Süden zu verlagern und unterzeichnete bilaterale Anwerbeabkommen mit der Türkei 1964 und mit Jugoslawien 1966, was zu einer massiven Arbeitsmigration führte.

Während der ersten Welle der Arbeitsmigration von den 1960er- bis Anfang der 1970er-Jahre kamen etwa 230.000 Arbeitskräfte aus diesen Ländern nach Österreich. Sie waren hauptsächlich im Baugewerbe und den damit verbundenen Dienstleistungen beschäftigt und machten etwa 8,7 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung des Landes aus. Der Prozess zur Beschäftigung begann in den jeweiligen Heimatländern, wo sich Arbeitskräfte in von der österreichischen Arbeitsverwaltung eingerichteten Anwerbebüros zunächst registrieren mussten. Dort wurden geeignete Kandidat*innen aus langen Wartelisten Arbeitsloser nach bestimmten Kriterien wie Alter, berufliche Qualifikation und Gesundheit ausgewählt. Die Anwerbekommissionen stellten fest, ob die Bewerber*innen die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in Österreich erfüllten und prüften, ob sie gesundheitlich und fachlich für die angebotene Arbeit geeignet waren. Da diese Arbeitskräfte zunächst mit befristeten Verträgen eingestellt wurden, wurden sie als Gastarbeiter*innen bezeichnet.

Der Begriff selbst taucht bereits in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs auf, um ausländische Zivilarbeiter*innen zu bezeichnen, die auf freiwilliger Basis in der NS-Kriegswirtschaft eingesetzt wurden. Zu dieser Zeit war jedoch noch der Begriff „Fremdarbeiter“ vorherrschend. Trotz gewisser Kontinuitäten bei der Beschäftigung von Ausländer*innen wurde der Begriff „Gastarbeiter“ nach 1945 in der Regel nicht mehr mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Er wurde stattdessen für die Arbeitsemigrant*innen verwen-

det, die ab Anfang der 1950er Jahre freiwillig in den deutschsprachigen Raum kamen. Dieser eher widersprüchliche Begriff, von Gästen wird in der Regel nicht erwartet, dass sie arbeiten, wurde bereits in den frühen 1970er Jahren von Intellektuellen als problematisch angesehen. Auch die Tatsache, dass immer mehr ausländische Arbeitskräfte einen dauerhaften Aufenthalt anstrebten, wurde kritisch gesehen. Da der Begriff auch heutzutage oft abwertend verwendet wird, plädieren Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen dafür, ihn ausschließlich in Anführungszeichen zu verwenden.

„Gastarbeiter“ sollte also nur den vorübergehenden Aufenthalt von Personen beschreiben, die zum Arbeiten nach Österreich und in andere deutschsprachige Länder kamen. Die meisten Arbeitnehmer*innen reisten zunächst ohne ihre Familien in ihr neues Arbeitsumfeld und kehrten schließlich in ihre Herkunftsländer zurück, nachdem sie etwas Geld verdient hatten. Dieser kurzfristige Arbeitsprozess, bei dem die ausländischen Arbeitskräfte nach maximal zwei Jahren durch andere Arbeitskräfte ersetzt wurden, wurde als „Rotationssystem“ bekannt. Obwohl dies anfangs sowohl für die Arbeitgeber*innen als auch für die Arbeitnehmer*innen als vorteilhaft angesehen wurde, wurde das System aus verschiedenen Gründen nach und nach aufgegeben. Die Arbeitgeber*innen erkannten bald, dass die für Zeitarbeitskräfte erforderliche Ausbildung auch eine finanzielle Belastung darstellte. Und immer mehr Arbeitnehmer*innen zogen aufgrund der besseren wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im Vergleich zu ihren jeweiligen

Heimatländern einen dauerhaften Verbleib in Österreich in Erwägung. Als die Arbeitgeber*innen allmählich begannen, unbefristete Arbeitsverträge und Genehmigungen zu erhalten, begannen die ausländischen Arbeitnehmer*innen, ihre Familien mitzubringen. Da ihre Kinder durch das Bildungssystem und andere soziale Strukturen zu einem integralen Bestandteil der österreichischen Gesellschaft wurden, entschieden sich die meisten Familien ausländischer Arbeitnehmer*innen für einen dauerhaften Aufenthalt in Österreich.

Seit den 1960er Jahren sind Gastarbeiter*innen in großer Zahl zu einem festen Bestandteil der österreichischen Gesellschaft geworden. Man könnte sogar behaupten, dass sie heute die größte Minderheit in Österreich darstellen. Obwohl sie von der heimischen Industrie aufgrund ihres Beitrags zum wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs willkommen geheißen wurden, waren sie sowohl im Alltag als auch im Beruf mit sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung konfrontiert. Sie wurden überwiegend auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze mit hoher Arbeitsbelastung verteilt, hatten eine eher niedrige soziale Stellung, die von Österreicher*innen aus der Unterschicht „aufgegeben“ wurden. Sie waren außerdem mit permanenter ethnischer Diskriminierung konfrontiert. Mit der internationalen Gaskrise Anfang der 1970er Jahre, die weltweit Rekordarbeitslosenzahlen verursachte, wurden Gastarbeiter*innen zudem oft als Schuldige für die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung gesehen und wird von der Gesellschaft weiter diskriminiert.

Im Anschluss an die Anwerbeabkommen lebten 1973 etwa 75.000 Arbeiter*innen aus Jugoslawien und etwa 10.000 aus der Türkei in Wien. In der Zeit der Wirtschaftskrise verringerte sich die Zahl der in Wien lebenden jugoslawischen Arbeitskräfte, während sich die Zahl der aus der Türkei stammenden Arbeitskräfte fast verdreifachte. In der zweiten Phase der Arbeitsmigration zwischen 1988 und 1993 stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stark an. Infolge des Falls des „Eisernen Vorhangs“ und der Bürgerkriege in Jugoslawien, wurden in diesem Zeitraum rund 223.000 ausländische Arbeitskräfte in Wien registriert.

Trotz ihres immensen Beitrags zum wirtschaftlichen Wohlstand Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg sind Gastarbeiter*innen noch immer nicht Teil des offiziellen kollektiven Gedächtnisses des Landes und werden nur sporadisch in der Öffentlichkeit gewürdigt oder thematisiert. Obwohl sie zu einem konstitutiven Teil des österreichischen gesellschaftspolitischen Systems gehören, werden sie immer noch diskriminiert und oft als Beispiel für eine „gescheiterte“ soziale Integration bezeichnet.



STATION 1
Hauptbahnhof, Südtirolerplatz
(1100 Wien)



Wien Südbahnhof

Wien Südbahnhof, 1964

Quelle: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, AZ-Archiv, Wien

Ein Großteil der aus der Türkei oder Jugoslawien nach Wien reisenden Gastarbeiter*innen kam mit einem von der österreichischen Arbeitsvermittlung organisierten und bezahlten Zugtransport zum Südbahnhof. Dieser stand neben dem heutigen Hauptbahnhofsgebäude. Für Gruppen von über 70 Arbeiter*innen wurden von der türkischen oder jugoslawischen Eisenbahnverwaltung spezielle Waggons bestellt. Diese

Sonderzüge verkehrten meist in der Hauptzeit der Beschäftigungssaison zwischen März und Mai. Züge wie der „Balkan-Express“, der „Istanbul-Express“ und der „Jugoslawien-Express“ verbanden Österreich über Zagreb und Belgrad mit Südosteuropa.

Die meisten dieser Arbeiter*innen reisten nur mit dem Nötigsten in kleinen Koffern und kamen oft ohne vorher vereinbarte Arbeitsverträge, etwa auf Einladung von Familienmitgliedern oder Freund*innen. In Wien angekommen, wurden die Arbeiter*innen von den Vertreter*innen verschiedener Unternehmen abgeholt und direkt zu ihren neuen Arbeitsplätzen gebracht. Für die ersten Migrant*innen waren die Bahnhöfe von entscheidender Bedeutung und entwickelten sich sehr bald zu besonderen Treffpunkten: Hier hatten die Arbeitsmigrant*innen ihre ersten Schritte in eine ungewisse Zukunft gemacht und hierher kamen sie auch später regelmäßig, um Landsleute zu treffen und Nachrichten aus der Heimat zu erhalten.

Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Stadtverwaltung missbilligten diese informellen Treffen am Südbahnhof und erklärten, der Bahnhof dürfe nicht „balkanisiert“ und in einen „Bazar“ verwandelt werden. 1971 gab es sogar Pläne, ein separates „Gastarbeiterviertel“ rund um den Bahnhof zu errichten, um die Arbeitsmigrant*innen von der übrigen Bevölkerung zu trennen.

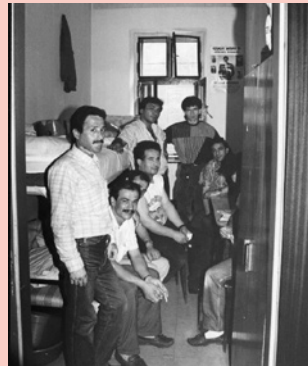
Im Jahr 2021 hatte der Schriftsteller und politische Aktivist Savo Ristic die Idee, am Hauptbahnhof ein Denkmal für die Gastarbeiter*innen zu errichten. Das Denkmal sollte nach seinen Worten „an die Leistungen jener Frauen und Männer erinnern, die als Arbeitskräfte kamen, die die Stadt und auch das Land mit aufgebaut haben und zu einem wichtigen Mitgestalter unseres Landes wurden: Beim Bau unserer Autobahnen, der Wiener U-Bahnen, der UNO-City und vieler anderer Bauwerke, die zur Modernisierung Österreichs und Wiens sowie zur Versorgung der Menschen beigetragen haben.“



STATION 2
Trappelgasse 1
(1040 Wien)



Gemeindebau, Trappelgasse 1.
Quelle: unbekannt



“Gastarbeiter” in einem Mehrbettzimmer.
Bildnachweis: VGA

Aufgrund des großen Zustroms von Arbeiter*innen, die eine vorübergehende Unterkunft suchten, wurde die Wohnsituation in Wien in den 1960er und 1970er Jahren auf die Probe gestellt. Die Stadt Wien ist bekannt für ihr außergewöhnliches System des sozialen Wohnungsbaus, das in den 1920er Jahren eingeführt wurde und der Stadtbevölkerung qualitativ hochwertige und leistbare Wohnungen zur Verfügung stellt. Ab 1949 kehrte der Wohnungsbau zu seinen Vorkriegszahlen zurück und Häuser, wie jenes in der Trappelgasse 1, wurden in der ganzen Stadt errichtet. Im Vergleich zur Vorkriegszeit wurde die Standardausstattung dieser Gemeindewohnungen verbessert. Alle neu errichteten Wohnungen erhielten ein eigenes Bad und die Mindestgröße wurde von 42 auf 55 Quadratmeter erhöht.

Ausländische Arbeitskräfte, die zu jener Zeit nach Wien kamen, hatten jedoch Probleme bei der Wohnungssuche. Vor allem jene, die auf eigene Faust und ohne vorherige Vertragsabsprache kamen, denn nur österreichische Staatsbürger*innen konnten die Nutzung von Gemeindewohnungen beantragen. Das Gesetz wurde erst im Jahr 2006 geändert. Gastarbeiter*innen konnten also keine Sozialwohnungen mieten. Sie landeten in der Regel in renovierungsbedürftigen Gebäuden, oft ohne Wasseranschluss oder Toilette und teilten sich die Betten. In den Wohnungsanzeigen der Zeitungen war bis in die 1980er Jahre oftmals „keine Ausländer“ zu lesen. Dabei gab es auch häufig keine Mietverträge, wodurch überbezahlte, heruntergekommene Wohnungen an mehrere Arbeiter*innen

als Schlafquartier auf monatlicher Basis vermietet wurden.



STATION 3

Wirtschaftskammer, Wiedner Hauptstraße 63 (1040 Wien)

Verwaltungsagenden der Kommission in Istanbul
Arbeitsgänge nach Eintreffen des T-Auftrags der Arbeitsgemeinschaft aus Wien

1. Der Akt

ein Ordner mit der T-Zahl wird angelegt.

2. Auftrag an das türkische Arbeitsamt

Zahl der gewünschten Arbeiter, Altersgrenze (bis 35), Berufsbezeichnung, Mitteilung, ob ein Kommissions- oder Firmenvertreter bei der Selektion anwesend sein wird, Stunden- oder Tageslohn
Das Arbeitsamt stellt in 14 bis 17 Tagen ab Auftragserteilung Arbeitskräfte vor.

3. Übersichtsliste

der offenen T-Aufträge, der Auftragsstand ist alle 14 Tage der Arbeitsgemeinschaft zu melden.

4. Vorstellung

Die Abfertigung des Arbeiters dauert etwa 1 Woche. Pro Arbeiter ist anzulegen:
Karteikarte, Arbeiterausweis und Laufzettel

4.1. Gesundheitsuntersuchungen

Blutuntersuchung, Reihenuntersuchung (Größe, Gewicht, Augen, Ohren, Geschlechtskrankheiten etc.) und Röntgenuntersuchung
(Diese werden vor der Vorstellung bei der Kommission von der türkischen Untersuchungsstelle durchgeführt, die Kosten trägt der Arbeiter.)
Stuhluntersuchung und Eignungsuntersuchung
(Diese werden von den Ärzten der Kommission durchgeführt, die Kosten trägt die Kommission.)

Ist der Arbeiter tauglich, erfolgt ein Vermerk: UYGUNDUR auf den Arbeiterausweis und ein Infektionsfreiheitschein (verfällt in 14 Tagen) wird ausgestellt.

Arbeiterpass

besorgt der Arbeiter über das türkische Arbeitsamt,
Voraussetzung: Unbedenklichkeitszeugnis

Bulgarisches Visum

besorgt der Arbeiter und meldet sich wieder bei der Kommission.

Vertragsunterzeichnung

wird ausschließlich durch den Kommissionsleiter vidiert, der Pass wird dem Arbeiter abgenommen.

Österreichisches Visum / A-Sichtvermerk

wird vom österreichischen Generalkonsulat nach Überprüfung auf Grund des Fahndungsbuches erteilt. Der Arbeiter holt seinen Pass ab, um sich die türkische Ausreisegenehmigung zu besorgen.

Abfahrtstag / Transport

Die Kommissionsleitung teilt die abfahrtsbereiten Arbeiter ein in: Gruppen unter 10: Einzelfahrschein aus Wien
Gruppen 10-70: Sammelfahrschein aus Wien
Waggons (70): bei der türkischen Bahnverwaltung zu bestellen
Sonderzüge: im Frühjahr im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft zu organisieren
Alle bekommen ein Verpflegungspaket von der Firma Elmas Konserve.

Eine Transportliste wird angefertigt.

Platzkarten werden im Wiener Waggon (Nr. 335) für den Zug um 16.30 bestellt.

Jedem Arbeiter wird eine Firmenkarte mit Stecknadel gegeben, die er sich vor dem Aussteigen in Wien außen auf den Rockaufschlag steckt.

Das Transporttelegramm an die Arbeitsgemeinschaft wird geschickt.

Quelle: Initiative Minderheiten

Am 28. Dezember 1961 schlossen Präsident des Gewerkschaftsbundes Franz Olah und Präsident der Wirtschaftskammer Julius Raab ein Abkommen, das Ausländer*innen den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt wesentlich erleichtern sollte. Außerdem wurde in dem Abkommen geregelt, wie viele Gastarbeiter*innen der Arbeitsmarkt, unterteilt nach Branchen und Bundesländern, benötigt. Die Unternehmen mussten beim zuständigen Arbeitsamt die Ausstellung einer Zusicherungsbescheinigung beantragen, Bestellformulare und Arbeitsverträge ausfüllen und diese bei der ARGE einreichen. Die Unternehmen übernahmen zwar die Transportkosten, doch die Arbeitnehmer*innen mussten eine Anwerbegebühr zahlen, um die Anwerbungskosten zu decken.

Einige Historiker*innen beschreiben die Rolle, die der Gewerkschaftsbund für ausländische Arbeitnehmer*inne spielte, als „ambivalent“. Denn obwohl sie sehr gut mit den jugoslawischen und türkischen Gewerkschaften zusammenarbeiteten, gab es eindeutige Diskriminierungen, wie den Ausschluss ausländischer Arbeitnehmer*innen vom Wahlrecht in den Betrieben und die klare Bevorzugung von Inländer*innen durch die Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes.

**STATION 4****Filmcasino, Margaretenstraße 78**
(1050 Wien)

Quelle: Filmcasino, Webseite

Mit der wachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Wien, erhöhte sich auch der Bedarf nach Orten für soziale und kulturelle Gruppenaktivitäten. Allein in Wien gab es bis in die späten 1980er Jahre rund 120 Arbeiterklubs für Gastarbeiter*innen aus Jugoslawien. So diente das heutige Filmcasino zwischen 1979 und 1989 der jugoslawischen Gemeinschaft als Ort für kulturelle Aktivitäten. Hier konnten Folkloreaufführungen besucht, neue Filmproduktionen aus dem Heimatland

gesehen werden und die Schiedsrichter*innen verschiedener Sportvereine trafen sich ebenso wie die Lehrer*innen der serbokroatischen Sprache. Obwohl die jugoslawischen Gastarbeiter*innen täglich mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert waren, bot ihnen dieser Raum einen recht repräsentativen Treffpunkt mitten in der Stadt. Die Aktivitäten dieses und anderer Vereine wurden mit Hilfe der jugoslawischen Gewerkschaft und des österreichischen Gewerkschaftsbundes finanziert. Im Jahr 1989 und im Zuge der politischen Entwicklungen in Jugoslawien, die zu Bürgerkriegen führten (1991-1995), löste sich der jugoslawische Kulturverein auf und das Filmcasino nahm seine Funktion als Stadtkino wieder auf.

Fragen an die Teilnehmer:

- _____ Wo würden Sie ein Denkmal zum Gedenken an die Gastarbeiter*innen aufstellen und warum?
- _____ Was würde das Denkmal darstellen?
- _____ Kennen Sie jemanden, dessen Eltern oder Großeltern als Gastarbeiter*innen nach Wien kamen?
- _____ Welche Familiennamen könnt ihr auf den Klingeln des Hauses in der Trappelgasse 1 lesen?
- _____ Kommentieren Sie in Gruppen den Vertrag auf dem Foto. Erscheint Ihnen einer dieser Paragraphen problematisch?
- _____ Gibt es im heutigen Filmcasino deutliche Spuren des jugoslawischen Kulturvereins? Wenn ja, wo?
- _____ Kennen Sie die Rechte von ausländischen Arbeitnehmer*innen in Österreich heute? Sind Ihnen Unterschiede zwischen Arbeitnehmer*innen aus der EU und anderen Ländern bekannt?

Glossar:

- **ABWERTEND:** starke Missbilligung und fehlenden Respekt zu zeigen.
- **WIRTSCHAFTLICHE DISKRIMINIERUNG:** Wirtschaftliche Diskriminierung kann als nachhaltige Ungleichheit im wirtschaftlichen Wohlergehen von Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer ethnischen Herkunft definiert werden.
- **„EISERNER VORHANG“:** die politische, militärische und ideologische Barriere, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete, um sich und ihre abhängigen ost- und mitteleuropäischen Verbündeten von offenen Kontakten mit dem Westen und anderen nicht-kommunistischen Gebieten abzuschotten.
- **DAUERAUFENTHALT:** Der Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt - EU“ berechtigt zur dauerhaften Niederlassung in Österreich und zum freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Das Aufenthaltsrecht ist unbefristet, wenn die Niederlassung in Österreich aufrechterhalten wird. Die Aufenthaltsbewilligungskarte wird jedoch mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren ausgestellt.

Autorin:

Jana Dolečki

Bibliographie:

<https://initiative.minderheiten.at/wordpress/index.php/2020/03/gastarbajteri-40-jahre-arbeitsmigration-2/>

<http://www.gehoergaenge.at/>

U1-A4.pdf (akwien.at)

VERGÄNGLICHE DENKMÄLER:**Konfrontation mit der Geschichte
durch performative künstlerische
Interventionen**

STICHWORTE: Performance Art, Aktivismus, Gedenken, Monument, Denkmal, öffentliche Gewalt, Geschichtsauseinandersetzung, Subversion der Bedeutung, Autorität, Dissens

DAUER: 45 Minuten zu Fuß

ERREICHBARKEIT: zu Fuß erreichbar

**STATION 1****Das Marcus Omofuma
Denkmal auf dem Platz
der Menschenrechte**

(Platz der Menschenrechte,
Mariahilfer Straße, 1070 Wien)

**STATION 2****Das Mahnmal
gegen Krieg und
Faschismus auf dem
Albertinaplatz**

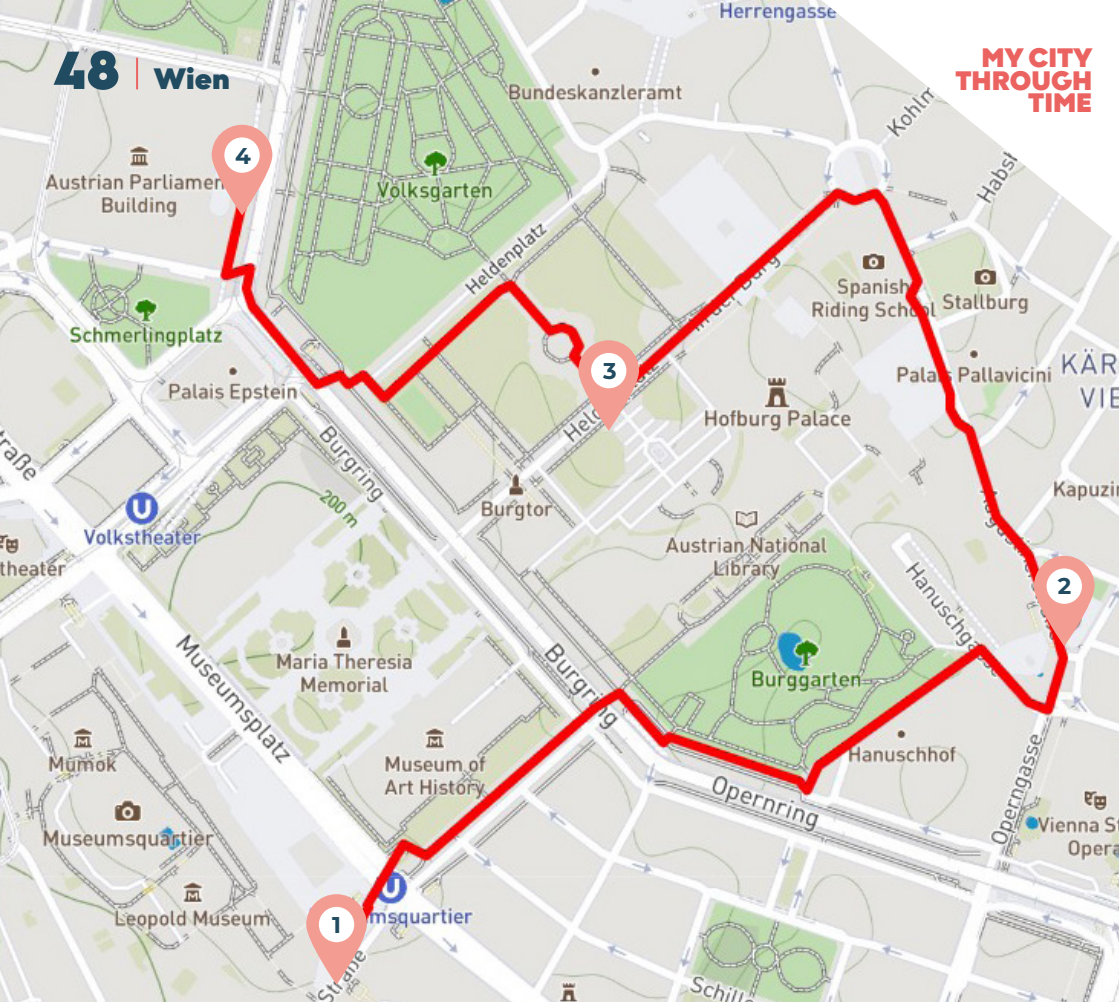
(1010 Wien)

**STATION 3****Heldenplatz**

(1010 Wien)

**STATION 4****Die Treppen vor dem
Österreichischen
Parlament**

(Dr. Karl Renner-Ring,
1010 Wien)



VERGÄNGLICHE DENKMÄLER:
**Konfrontation mit der
Geschichte durch performative
künstlerische Interventionen**

-  **STATION 1**
Das Marcus Omofuma
Denkmal auf dem Platz
der Menschenrechte
-  **STATION 2**
Das Mahnmal gegen
Krieg und Faschismus
auf dem Albertinaplatz
-  **STATION 3**
Heldenplatz
-  **STATION 4**
Die Treppen vor dem
Österreichischen
Parlament



45'  2 km

Beschreibung

Öffentliche Denkmäler sollen an Menschen und Ereignisse erinnern, die ihre Gesellschaft geprägt und entscheidende Spuren in ihrer Geschichte hinterlassen haben. Die traditionelle Monumentalkunst im öffentlichen Raum wird jedoch oft übersehen und ehemals berühmte Held*innen, Dichter*innen und Politiker*innen geraten in Vergessenheit. Andererseits werden Denkmäler und Stätten, die als dauerhafte Symbole von Erinnerung, Macht und Autorität geschaffen wurden, mitunter zum Gegenstand von Kontroversen. Denn die Gesellschaft beschäftigt sich weiterhin mit der Komplexität von Geschichte, Erinnerung und Identität und setzt sich damit auseinander.

Die Tradition von performativen Interventionen rund um öffentliche Denkmäler lässt sich bis in das frühe 20. Jahrhundert zurückverfolgen, als Künstler*innen der Avantgarde aus dem Umfeld der dadaistischen Bewegung versuchten, traditionelle Kunstformen und Konventionen des öffentlichen Raums in Frage zu stellen. Vor allem in Wien begannen die Künstler*innen nach dem Zweiten Weltkrieg, sich intensiver mit dem öffentlichen Raum auseinanderzusetzen, wobei sie öffentliche Räume, Denkmäler und deren Geschichte in die Werke miteinbezogen. Der Wiener Aktionismus, eine bemerkenswerte Künstler*innengruppe, die in den 1960er Jahren entstand, ist für Happenings, Aktionen, Körperkunst und Performances bekannt. Diese Künstler*innen wollten verdrängte Erinnerungen und Bedeutungen freilegen und neue Perspektiven

ermöglichen. Denkmäler fordern ein bestimmtes Narrativ im öffentlichen Raum ein, welches zuweilen problematisch, ausgrenzend und schädlich sein kann. Deshalb setzten die Künstler*innen Performance und andere Arten von Interventionen ein, um die Bedeutungshoheit von öffentlichen Räumen und Stätten zurückzugewinnen. Das Publikum, seien es unmittelbare Passant*innen, die Live-Aktion-Beobachtende, oder spätere Betrachter*innen, die den Aktionen durch Text, Foto- oder Videodokumentation begegnen, soll dazu gebracht werden kritisch über manche der repräsentativsten und bekanntesten Stadtbilder nachzudenken.

Wien ist als kaiserliche Stadt, historische Hauptstadt der Habsburgermonarchie und des Österreichisch-Ungarischen Reiches reich an imposanten Statuen, Gebäuden und Denkmälern. Im Stadtzentrum repräsentieren die Denkmäler vor allem die politische, religiöse und kulturelle Macht. Sie stellen bestimmte Herrscher*innen, Politiker*innen, Komponist*innen, Schriftsteller*innen und Dichter*innen dar, wie etwa das Maria-Theresien-Denkmal am Maria-Theresien-Platz oder das Goethe-Denkmal beim Burggarten, doch oft werden auch Ideale oder Konzepte durch figürliche Darstellungen antiker Gottheiten und Personifikationen dargestellt. Zum Beispiel der Pallas-Athene-Brunnen, der die griechische Göttin der Weisheit vor dem Parlamentsgebäude zeigt, oder die Personifikationen der Kontinente an der Fassade des Naturhistorischen Museums Wien.

Da der Zweck von Denkmälern darin besteht, Macht durch die Behauptung einer bestimmten Ideologie zu festigen, können künstlerische Interventionen mit ihnen oder vor ihrem Hintergrund das allgemein akzeptierte Verständnis von Macht, Autorität und ihrer Geschichte in Frage stellen und eine bedeutsame Auseinandersetzung mit dem zeitgenössischen Publikum schaffen. Obwohl es sich bei den meisten Denkmälern um feste, leblose Objekte handelt, sollen sie der Öffentlichkeit dienen, Aufmerksamkeit erregen und Emotionen wecken. Daher sollte die Öffentlichkeit, einschließlich Künstler*innen, Aktivist*innen und Gemeinschaften, sie nutzen, um Protest zu bekunden und Aufmerksamkeit zu erregen. Durch künstlerische und aktivistische Aktionen werden die statischen Figuren und Gebäude in Orte verwandelt, an denen sich historische und gegenwärtige Momente überschneiden und an denen eine Neubewertung und Konfrontation mit der Geschichte stattfinden kann.

**STATION 1****Das Marcus Omofuma Denkmal auf dem Platz der Menschenrechte**

(Platz der Menschenrechte, Mariahilfer Straße, 1070 Wien)



Bildnachweis: APA/Eva Manhart; Quelle: wien.orf.at

Der aus Nigeria stammende Asylbewerber Marcus Omofuma (1973-1999) kam Anfang der 1990er Jahre nach Europa, um Zuflucht zu finden. Nachdem er mehrere Jahre in Deutschland verbracht hatte, übersiedelte Omofuma 1998 nach Österreich. Hier wurden sein Asylantrag und die anschließende Berufung abgelehnt und er wurde in Abschiebehaft genommen.

Marcus Omofuma erstickte am 1. Mai 1999 im Alter von 25 Jahren, als er mit einem Flugzeug aus Österreich abgeschoben wurde. Die Abschiebung wurde von drei Polizeibeamten überwacht, die Omofuma mit mechanischen Fesseln und Klebeband gefesselt und geknebelt hatten, um zu verhindern, dass er sich wehrt. Sein Tod löste Proteste und Diskussionen über die Polizeibrutalität gegen PoC-Menschen in Österreich aus, was zur Einrichtung eines unabhängigen Menschenrechtsbeirats im Innenministerium führte.

Im Jahr 2003 wurde die Künstlerin Ulrike Truger angefragt, ein Denkmal für Omofuma zu schaffen. Es gelang Truger, die Herstellung des Denkmals durch den Verkauf von Bronze-Modellen in limitierter Auflage zu finanzieren. Die fünf Tonnen schwere und drei Meter hohe abstrakte Skulptur aus afrikanischem Granit wurde fertiggestellt und ohne offizielle Genehmigung in der Nähe der Wiener Oper aufgestellt. Schließlich wurde das Denkmal an einen genehmigten Standort auf dem Platz der Menschenrechte vor dem Wiener MuseumsQuartier verlegt. Das Mahnmal ist nach wie vor ein Symbol gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Österreich. Regelmäßig finden am Mahnmal Proteste gegen Polizeibrutalität, systemische Fremdenfeindlichkeit, soziale Ungerechtigkeit und andere menschenrechtsbezogene Anliegen statt. Besonders zahlreich waren die Proteste anlässlich des 10. und 20. Jahrestages von Marcus Omofumas Tod sowie während der Black Lives Matter-Proteste im Jahr 2020.

Das Mahnmal erinnert an die Geschichte Österreichs und daran, wie wichtig es ist, aus vergangenem Unrecht zu lernen. Im Januar 2023 wurde der „Omofuma-Stein“ unter offiziellen Denkmalschutz gestellt.

**STATION 2****Das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz**
(Albertinaplatz, 1010 Wien)

Alfred Hrdlicka, *Mahnmal gegen Krieg und Faschismus*, 1988/1991, Marmor, Granit, Sandstein und Bronze

Bildnachweis: Thomas Ledl; Quelle: de.wikipedia.org



Johannes Angerbauer-Goldhoff,
Tooth-Gold-Time-Gold, 1990

Photo courtesy of the artist; Quelle: Artikel:
Schult (2018), *The Performative Power of a
Problematic Public Work*



Steven Cohen, *Cleaning Time –
A Shandeh un a Charpeh*, 2007

Bildnachweis: Marianne Greber/Bildrecht,
2018; Quelle: Artikel: Schult (2018),
*The Performative Power of a Problematic
Public Work*



Ruth Beckermann,
The Missing Image, 2015

Bildnachweis: Philipp Diettrich; Quelle:
Artikel: Schult (2018), *The Performative
Power of a Problematic Public Work*

In den späten 1980er Jahren erfuhren das kulturelle Gedächtnis und das kollektive Geschichtsbewusstsein in Österreich einen entscheidenden Wandel, was zu einer gründlicheren Auseinandersetzung mit der historischen Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg führte, insbesondere mit der Beteiligung der heimischen Bevölkerung an der Verfolgung der österreichischen Jüd*innen. Das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus steht an prominenter Stelle auf dem Wiener Albertinaplatz und ist das bedeutendste öffentliche Werk des Wiener Künstlers Alfred Hrdlička (1928-2009), der für seine politischen und oft umstrittenen Skulpturen, Gemälde und grafischen Arbeiten bekannt ist. Er erlebte die extremen gesellschafts-politischen Umwälzungen während der Ersten Republik mit, gefolgt vom Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und dem Zweiten Weltkrieg. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurde Hrdlička als oppositioneller Künstler bekannt, dessen Werk eine anhaltende Antikriegs- und antifaschistische Haltung sowie ein starkes Misstrauen gegenüber der katholischen Kirche widerspiegelt.

Die Errichtung des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus im Jahr 1988 löste Kritik und heftige öffentliche Debatten aus. Obwohl es sich ausdrücklich gegen Krieg und Faschismus wendet und sich mit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs auseinandersetzt, waren viele der Meinung, dass das Denkmal die Rolle und Schuld der Österreicher*innen am Völkermord an den Jüd*innen nicht ausreichend thematisiert.

Das Denkmal ist "allen Opfern von Krieg und Faschismus" gewidmet und besteht aus einer Konstellation von mehreren Teilen: Dem „Tor der Gewalt“ mit den zwei Figuren „Hinterlandsfront“ und „Heldentod“, dem „Straßenwaschenden Juden“ sowie „Orpheus betritt den Hades“ und dem „Stein der Republik“. Die dunkle Bronzefigur des „Straßenwaschenden Juden“ ist sehr niedrig, direkt auf dem Boden und ohne Sockel aufgestellt, wodurch sie im Gegensatz zu den anderen Teilen aus Stein steht. Sie zeigt die Figur eines alten, bärtigen, jüdischen Mannes, der mit einer Bürste das Pflaster schrubbt. Dies ist das Motiv der so genannten „Reibpartien“, einer Form der Demütigung, die Jud*innen in Wien nach dem „Anschluss“ widerfuhr. Sie wurden gezwungen die Straßen mit Bürsten zu reinigen. Die im Nationalsozialismus entrechteten Minderheiten, vor allem jüdische Bürger*innen wurden damals verhaftet, ihre Geschäfte und Läden geplündert und zerstört, viele wurden tödlich angegriffen und geschlagen - von staatlichen Behörden und manchmal auch von einfachen Bürger*innen.

Das Gedenken an die jüdischen Opfer in Österreich durch die stereotype Visualisierung eines jüdischen Menschen in einer erniedrigten Position bleibt höchstproblematisch. Einerseits wird durch die Darstellung der Demütigung der Jud*innen die jahrzehntelang verdrängte Erinnerung an die „Reibpartien“ in den Vordergrund gerückt, andererseits werden die anschließenden Schrecken und der Völkermord nicht thematisiert. Darüber hinaus zeigt die Widmung „Allen Opfern von Krieg und Faschismus“ eine problematische Gleichbehandlung aller

Opfer des Zweiten Weltkriegs dar. Damit distanzieren sich die Österreicher*innen einmal mehr von der Beteiligung oder Duldung der systematischen und gesellschaftlichen Verfolgung und Viktimisierung der Jud*innen.

Die öffentliche Kontroverse um dieses Mahnmal führte auch zur Bildung einer Kampagne für die Errichtung eines anderen Mahnmals, das explizit den jüdischen Opfern des Faschismus gewidmet sein sollte. Als Antwort darauf wurde die „Nameless Library“ der britischen Künstlerin Rachel Whiteread (geb. 1963) auf dem Wiener Judenplatz gebaut und im Jahr 2000 enthüllt.

Hrdličkas Mahnmal fungiert seit seiner Aufstellung im öffentlichen Raum außerdem als performativer Ort, an dem verschiedene Künstler*innen, wie Johannes Angerbauer-Goldhoff, Steven Cohen und Ruth Beckermann, ihre Interventionen durchführen:

1990 führte der österreichische Bildhauer Johannes Angerbauer-Goldhoff (geb. 1958) einen „Goldangriff“ durch, als er die Figur des „Straßenwaschenden Juden“ im Rahmen der Intervention „Zahn-Gold-Zeit-Gold“ mit Goldbronze überzog, um den Status des degradierten Jud*innen zu erhöhen. Angerbauer-Goldhoffs Plan war es, mit einer sorgfältigen Reinigung der Figur fortzufahren. Der Künstler wurde jedoch von den Behörden daran gehindert. Der „Straßenwaschende Jude“ wurde für zwei Monate entfernt und mit Stacheldraht auf dem Rücken (von Hrdlička hinzugefügt) wieder aufgestellt, um

Passant*innen und Tourist*innen daran zu hindern, sich auf die Skulptur zu setzen.

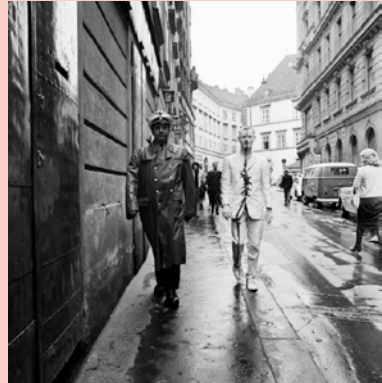
2007 realisierte Steven Cohen (geb. 1962), ein Performance-Künstler aus Südafrika, seine Intervention „Cleaning Time (Vienna): a Shandeh un A Charpeh“ (jiddisch für „Eine Schande und eine Schmach“) am Albertinaplatz (sowie zu verschiedenen Anlässen auch am Heldenplatz und am Judenplatz). Der Künstler benutzte symbolische Requisiten, während er das Reinigen der Straße auf den Knien ausführte, wie eine überdimensionierte Zahnbürste, den Davidstern, Plateauabsätze, ein Korsett und eine Gasmasken, die seine Genitalien bedeckte. Cohens provokative Performance entwickelt die Figur des „Straßenwaschenden Juden“ weiter und spielt auf die in der antisemitischen Propaganda der 1930er Jahre vorherrschenden Tropen an, welche Jud*innen als wohlhabende, privilegierte Bourgeoisie und jüdische Körper als verzerrt, homosexuell, dekadent und pervers darstellten. Indem er seinen eigenen Körper entblößt, erinnert der Künstler daran, dass die Erniedrigung der Jüd*innen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht endete.

2008 stieß die Autorin und Filmemacherin Ruth Beckermann (geb. 1952) bei öffentlichen Vorführungen im Wiener Filmmuseum auf ein kurzes Amateur-Archivmaterial der „Reibpartien“, das eine amüsierte Menge zeigt, die die Demütigung ihrer jüdischen Mitbürger*innen beobachtet. Beckermanns Intervention „The Missing Image“ (2015) nutzte

das Filmmaterial und LED-Bildschirme, die am Sockel vom „Tor der Gewalt“ platziert wurden, um zu zeigen, was in der ursprünglichen Version des Mahnmals fehlte - die Darstellung gewöhnlicher Österreicher*innen, die als Zuschauer*innen und Schuldige bei der Demütigung, Folterung und Vernichtung von Jud*innen teilnahmen. Diese Intervention wurde offiziell genehmigt und fast neun Monate lang am Denkmal installiert, bis sie schließlich Ende 2015 entfernt wurde.



STATION 3
Heldenplatz
(1010 Wien)



Günter Brus, *Wiener Spaziergang*, 1965

Bildnachweis: Ludwig Hoffenreich; Courtesy of mumok, museum moderner kunst stiftung ludwig wien



VALIE EXPORT, *Heldenplatz* (aus der Reihe *Körperkonfigurationen*), 1982
Courtesy of VALIE EXPORT; Quelle: Buch: Widrich (2014), *Performative Monuments: The Rematerialisation of Public Art*

Der Heldenplatz ist ein prominenter öffentlicher Platz im Herzen von Wien, umgeben von einigen der bedeutendsten historischen Gebäude der Stadt, darunter die Hofburg, die Nationalbibliothek und das Weltmuseum. Der unter Kaiser Franz Joseph I. errichtete Platz ist für seine Rolle in Österreichs bewegter Geschichte bekannt. Am 15. März 1938 verkündete Adolf Hitler in einer Rede vom Balkon der Hofburg den Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland. Die Rede wurde von der Menge bejubelt, und das Ereignis bedeutete das Ende der Unabhängigkeit Österreichs als souveräner Staat.

Heute ist der Heldenplatz ein beliebter Treffpunkt für Einheimische und Tourist*innen gleichermaßen. Auf dem Platz steht eine große Statue des Erzherzog Karl von Österreich, einem der bedeutendsten österreichischen Feldherren. Es ist auch ein beliebter Ort für Konzerte, kulturelle Veranstaltungen und politische Demonstrationen. Als Symbol für das reiche kulturelle Erbe Wiens und als Erinnerung an die vergangenen Kämpfe und Triumphe Österreichs dient der Heldenplatz oft

als geeigneter Ort für künstlerische und aktivistische Interventionen.

1965 führte der österreichische Künstler und Mitbegründer des Wiener Aktionismus Günter Brus (geb. 1938) den „Wiener Spaziergang“ durch, eine Aktion, bei der er vom Heldenplatz in Richtung Stephansplatz ging, wobei er sein Gesicht und seine Hände weiß anmalte und einen weiß gestrichenen Anzug trug, der eine dunkle, unregelmäßige Linie quer über die Mitte seiner Vorder- und Rückseite aufwies. Da er von der Polizei aufgehalten wurde, kam Brus nie an seinem Ziel an. Bei dieser unangekündigten Aktion fungierte der Künstler als wandelndes Gemälde, das selbst ein Kunstwerk darstellte und die monumentale Kulisse des Heldenplatzes als Bühne nutzte. Obwohl die Performance bei den ahnungslosen Passant*innen keine starken Reaktionen hervorrief, wurde sie von der Polizei als grenzüberschreitend eingestuft und daher unterbrochen.

Der Heldenplatz war auch Schauplatz einer der Aktionen aus der Serie „Körperkonfigurationen“ von VALIE EXPORT. EXPORT (geb. 1940) ist eine österreichische Künstlerin und Filmemacherin, die für ihre Performances, Konzeptkunst und Experimentalfilme bekannt ist. 1982 wurde die Künstlerin bei einer Performance fotografiert, die sie in einer subtilen Geste zeigte bei der sie ihren Körper an die Stiegen als Teil der Architektur des Heldenplatzes anpasste. Die Anpassung des weiblichen Körpers der Künstlerin an die imposante Umgebung des Heldenplatzes verweist auf die historische Realität, dass

sich Frauen in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft der männlichen Autorität anpassen müssen.



STATION 4

Die Treppen vor dem Österreichischen Parlament

(Dr. Karl Renner-Ring, 1010 Wien)



VALIE EXPORT, *Elongation*, 1976

Photos courtesy of the artist;
Quelle: Buch: Widrich (2014), *Performative Monuments: The Rematerialisation of Public Art* aus der Reihe *Körperkonfigurationen*

Das Österreichische Parlamentsgebäude ist ein beeindruckendes neoklassizistisches Bauwerk an der Ringstraße. Das 1883 fertiggestellte Gebäude besitzt eine symmetrische Fassade mit einer monumentalen Treppe, einer Reihe von massiven Säulen und verzierten Giebeln. Auf der Vorderseite befindet sich ein großer Skulpturenbrunnen, der von einer Statue der Göttin Pallas Athene dominiert wird, die Weisheit und Gerechtigkeit symbolisiert. Der Entwurf spiegelt die Bedeutung klassischer Ideale und den Wunsch wider, ein dauerhaftes Symbol für den österreichischen Staat zu schaffen.

VALIE EXPORTS Performance „Elongation“ aus der Serie „Körperkonfigurationen“ wurde 1976 auf der Treppe vor dem Parlamentsgebäude realisiert und fotografiert. Die Gegenüberstellung der vertikalen skulpturalen und architektonischen Elemente mit dem horizontal verlängerten und auf der Seite liegenden Körper der Künstlerin, ist ein Kommentar zur staatlichen Macht durch das Prisma der sexuellen Symbolik. Die Künstlerin liegt auf der Treppe unterhalb des Brunnens, ihr Körper erscheint klein und unbedeutsam im Vergleich zur autoritären Monumentalität des Ortes. In dieser Situation erscheint der weibliche Körper deplatziert und verletzlich. EXPORT hat ähnliche Aktionen an prominenten Orten in Wien durchgeführt und dokumentiert. Indem die Künstlerin direkt mit monumentaler Architektur interagiert, legt sie deren verborgene Machtmechanismen offen und persifliert in gewisser Weise die institutionelle, gedenkende und staatliche Autorität des öffentlichen Raums.

Reflektion – Fragen

- _____ Was sind angemessene Formen des Gedenkens an historische Ereignisse und wovon hängt dies ab?
- _____ Für wen sind die besuchten Denkmäler und historischen Orte gedacht und wie können die Wiener*innen mit ihnen interagieren?
- _____ Was sind die Vor- und Nachteile von temporären, bespielten Denkmälern?
- _____ Kennen Sie ein Ereignis aus der jüngeren Geschichte (innerhalb des 21. Jahrhunderts), an das noch nicht öffentlich erinnert wurde und an das Sie sich ein angemessenes Gedenken wünschen würden?
- _____ Könnten die Körper dieser Künstler*innen als temporäre Denkmäler verstanden werden?
- _____ Finden Sie das, was die Künstler*innen getan haben, transgressiv oder progressiv und warum?
- _____ Können Sie die genauen Orte finden, an denen die Fotos wahrscheinlich aufgenommen wurden?

- Wie endeten Ihrer Meinung nach die Interventionen der Künstler*innen?
- Kennen Sie ähnliche Beispiele für künstlerische Interpretationen öffentlicher Denkmäler?

Glossar:

- **AKTIONISMUS** Der Begriff Aktionismus bezeichnet eine Form der Performance-Kunst, insbesondere die künstlerische Bewegung Wiener Aktionismus, die 1962 in Wien gegründet wurde. Die Hauptvertreter Günter Brus, Hermann Nitsch, Otto Mühl und Rudolf Schwarzkogler führten bewusst schockierende Aktionen und Rituale durch, die einen radikalen Einsatz des Körpers und sogar Selbstverletzungen beinhalteten. (Quelle: Tate)
- **ANTISEMITISMUS** Antisemitismus ist Hass und Feindseligkeit gegenüber Jüd*innen als religiöse oder rassische Gruppe. Die nationalsozialistische Ideologie des Antisemitismus, die letztlich zum Holocaust führte, zeichnete sich durch einen rassistischen Aspekt aus, der Jüd*innen aufgrund ihrer vermeintlichen biologischen Eigenschaften diskriminierte - einschließlich derjenigen, die zu einer anderen Religion konvertierten oder deren Vorfahren konvertiert waren. (Quelle: Britannica)

- **KUNSTINTERVENTION** Kunstintervention bezieht sich auf eine Form der Kunst, die konzipiert und beabsichtigt, mit einer bestehenden Struktur oder Situation zu interagieren, z. B. mit einer Institution, einem Publikum, einem Kunstwerk oder einem bestimmten öffentlichen Raum (Quelle: Tate)
- **ASYL** Asyl ist der Schutz, den ein Land einer ausländischen Person gewährt, die aus Angst vor Verfolgung aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe aus ihrem eigenen Land geflohen ist. Es handelt sich um eine Form der Zuflucht, die Personen gewährt wird, die nicht sicher in ihr Heimatland zurückkehren können. Asylbewerber*innen müssen einen förmlichen Antrag an das Aufnahmeland stellen und bestimmte Kriterien erfüllen, um Asyl zu erhalten. (Quelle: Britannica)
- **AVANTGARDE** Im Bereich der Kunst bezeichnet Avantgarde eine Kunst, die innovativ ist und neue Themen oder Formen erforscht. Der Begriff Avantgarde stammt ursprünglich aus Frankreich und bedeutet übersetzt Vorhut, d. h. der Teil einer Armee, der den Weg vorgibt. Der Begriff der Avantgarde beinhaltet die Idee, dass Kunst in erster Linie nach der Qualität und Originalität der vom Künstler präsentierten Vision und Ideen bewertet werden sollte. (Quelle: Tate)

- **DADA** Dada war eine Kunstbewegung, die während des Ersten Weltkriegs in Zürich entstand. Als Reaktion auf die Schrecken und die Absurdität des Krieges schufen Dada-Künstler*innen oft satirische und unsinnige Kunst, Gedichte und Performances. Neben seiner Antikriegshaltung wandte sich Dada auch gegen die bürgerlichen Werte und war politisch der radikalen Linken zuzuordnen. (Quelle: Tate)
- **PERFORMANCE KUNST** Performance-Kunst ist eine Art von Kunst, die durch die Durchführung von Aktionen entsteht, an denen der Künstler*innen oder andere Teilnehmer*innen beteiligt sind, unabhängig davon, ob sie lebendig oder aufgezeichnet, spontan oder im Voraus geplant sind. Im 20. Jahrhundert wurde die Performance-Kunst häufig als ein nicht-traditioneller Ansatz für das Kunstschaffen betrachtet, der den Künstler*innen neue Möglichkeiten zur Erforschung der körperlichen Bewegung und der Unbeständigkeit bot, was im Gegensatz zur statischen Natur der Malerei und der Skulptur stand. In der Nachkriegszeit wurde die Performancekunst aufgrund ihrer Immaterialität mit der Konzeptkunst in Verbindung gebracht. (Quelle: Tate)
- **PERFORMATIV** Performativ bezieht sich auf etwas, das mit einer künstlerischen oder theatralischen Darbietung zusammenhängt, unabhängig davon, ob es sich um das Schaffen von Kunst oder den Akt der Aufführung

auf einer Bühne handelt. Performativ kann auch etwas beschreiben, das die Wirkung einer Handlung hat, was bedeutet, dass es ein bestimmtes Ergebnis beeinflusst oder hervorbringt. (Quelle: Cambridge Dictionary)

— **POC (PEOPLE OF COLOR)** People of Color (im Singular Person of Color) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismus erleben und sich als Mitglied einer „nicht-weißen rassistischen“ oder ethnischen Gruppe identifizieren. (Quellen: Diversity Arts Culture und Oxford Learner’s Dictionaries)

— **REIBPARTIEN** Reibpartien waren eine Form der öffentlichen Demütigung und antisemitischen Gewalt, die während des „Anschlusses“ 1938 gegen Jüd*innen verübt wurde. Die Nationalsozialist*innen zwangen Angehörige der jüdischen Bevölkerung in Wien, die Straßen der Stadt zu reinigen, während sie von einer zuschauenden Menge verspottet und verhöhnt wurden. Die Opfer wurden oft gezwungen, die Parolen für die Unabhängigkeit vom abgesagten Schuschnigg-Plebiszit zu entfernen. In der Folgezeit war die jüdische Bevölkerung Österreichs weiteren Einschränkungen, Diskriminierungen und Verfolgungen durch die NS-Gesetze ausgesetzt. (Quelle: Holocaust Encyclopedia)

— **FREMDENFINDLICHKEIT (XENOPHOBIE)** Fremdenfeindlichkeit ist die Angst, Feindseligkeit und Verachtung gegenüber Fremden, Ausländer*innen oder allem, was als fremd bezeichnet wird. Fremdenfeindlichkeit äußert sich in der Überzeugung, dass Fremde und ihre Kulturen eine Bedro-

hung für die Identität des eigenen Landes darstellen und sich nicht friedlich in die Gesellschaft integrieren können. Der Begriff leitet sich von den altgriechischen Wörtern xenos (Fremder) und phobos (Angst) ab. Angst und Hass gegenüber Fremden haben sich im Laufe der Geschichte in verschiedenen Formen gezeigt, darunter Diskriminierung und Gewalt gegenüber religiösen und ethnischen Gruppen, rassistische Angriffe, Hassgruppen und sogar Völkermord. (Quelle: Britannica)

Authorin:

Eva Kovač

Bibliographie:

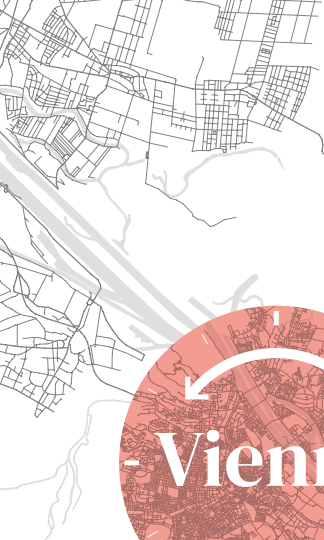
Tanja Schult, *The Performative Power of a Problematic Public Work: Art-Interventions at Alfred Hrdlicka's Memorial Against War and Fascism in Vienna*, *Public Art Dialogue*, 2018, 8:2, 231-257.

Mechtild Widrich, *Performative Monuments: The Rematerialisation of Public Art*, 2014.

Mechtild Widrich, *The Informative Public of Performance. A Study of Viennese Actionism, 1965–1970*, *TDR: The Drama Review*, 2013, 57:1, 137-151.

<https://blackcentraleurope.com/sources/1989-today/the-marcus-omofuma-memorial-in-vienna-2003/>

<https://wien.orf.at/stories/3189776/>



MY CITY THROUGH TIME



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union